

(03/2010)

Aktuelle Strategien und Kommentare Schweizer Banken (seit 1972)

Mittwoch, 10. Februar 2010

### „Die Chance klopft öfter an als man meint, aber meistens ist niemand zu Hause“

#### Aus dem Inhalt:

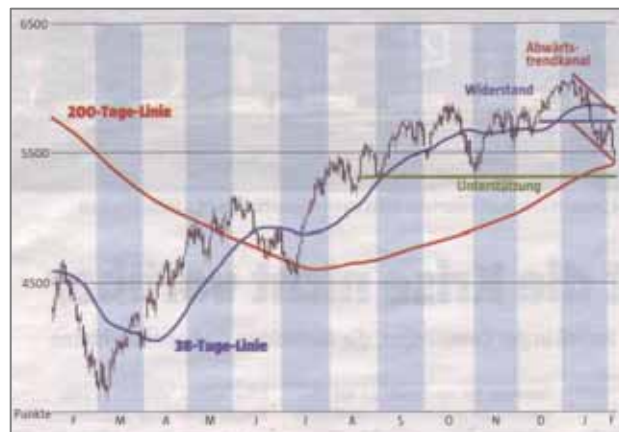
- **Chance: Marktskepsis übertrieben?**
- **Schweizer Franken weiter gefragt**
- **Bern besonnen – Berlin blufft?**

„Schwiizerdütsch“ für Anfänger:  
Was heißt: „Me mues es für öppis haa“?  
(Auflösung Seite 3)

Sehr geehrte Damen und Herren,

werden die Zeiten an den Börsen jetzt genau so eisig wie die Jahreszeit bedingten Außentemperaturen? Um es kurz zu machen: **Solange die Frühindikatoren weiter ansteigen, ist mit einer Fortsetzung der seit März 2009 laufenden zyklischen Aufwärtsbewegung an den Aktienmärkten zu rechnen.** Genau das ist weiterhin der Fall – denn auch der Anstieg des Bruttoinlandproduktes der USA (BIP) mit fast + 6% („zu-gegebenermaßen“ von niedrigerem Niveau) und die äußerst positiven Zahlen aus den diversen Wirtschaftsbereichen sowie die weiterhin extrem expansive Geldpolitik in den führenden Industrie-Nationen geben grünes Licht für die Anleger.

Am Beispiel des **DAX-Index** ist zu erkennen, dass dieser zwar inzwischen die 200-Tage-Linie erreicht aber nicht durchbrochen hat. Zuvor war der Index genau diesem wichtigen technischen Indikator viel zu weit voraus gelaufen. Die jetzige Reaktion zurück an die aufsteigende 200-Tage-Linie kann demnach als gesund angesehen werden. Insofern ist die an den Märkten bestehende Skepsis aus unserer Sicht stark übertrieben.



Bekanntlich folgt an den Börsen die Einstellung der Anleger häufig den Kursen – und nicht wie eigentlich vermutet – die Kurse den Vorgaben der Investoren. Die Kursrückgänge wiederum werden begründet mit den Zweifeln an der **Stabilität des EURO** infolge der enormen **Staatsverschuldungen der EU-Neumitglieder** Griechenland, Portugal, Italien, Irland etc.

Möchten Sie diese und auch die Folgeausgaben von

*Finanzplatz Schweiz* Intern@

für Ihre Freunde, Bekannten oder Verwandten kostenlos - ohne jedes Obligo, nur zur Information - als kleines "Geschenk" versenden lassen? Klicken Sie einfach auf:

<http://www.isf-institut.de/fsi.php>

und dort auf den Button "Finanzplatz Schweiz Intern@"

Bekanntlich ist aber die USA das Zugpferd der internationalen Börsen. Die amerikanischen Anleger aber lassen sich in der Tat nicht von fernen und dazu noch vergleichsweise kleinen Staaten wie zuvor genannt bzw. deren Problemen so eklatant beeinflussen. Dennoch nahm die Börsen-Schwäche der letzten Tage ihren Anfang in den USA, denn dort sind große mit hohen Kreditsummen finanzierte Fonds teilweise regelrecht in Panik geraten. Der Grund: Kredite sind derzeit in US-Dollar besonders billig. Man nimmt also Kredite in USD auf (sog. „Carry Trades“) und investiert diese in der Regel in anderen Währungen mit internationalen Anlagen wie z.B. Aktien, Gold, Öl, etc.

Parallel mit der steigenden Skepsis gegenüber dem EURO (aufgrund der Schuldenproblematik) begann der US-Dollar gegenüber dem EURO (und auch anderen Währungen) überproportional schnell zu steigen. Das wiederum bedeutete täglich teurer werdende Schulden für die betreffenden Anlagefonds.

So ist z.B. der EURO bei seinem Anstieg gegenüber dem US-Dollar inzwischen in eine entscheidende Widerstandszone gekommen (siehe rechter Chart). Ähnliches passiert derzeit im Schweizer Franken (CHF) – siehe nächster Beitrag.

Nach dem Motto „rette sich, wer kann“ verkauften diese Fonds letzte Woche große Teile ihrer Anlagen rund um den Globus, um die immer teurer werdenden Kredite in USD möglichst schnell zurückzufahren. Das ist die **wirkliche Erklärung** hinter den globalen Kursverlusten.



**Fazit:** Wir könnten Freude daran haben, denn der Preisverfall durch die Panikverkäufe der betreffenden Fonds in vielen Anlageklassen bewirkte für Aktien ein noch attraktiveres Bewertungsniveau. Den Höhepunkt der Verkäufe sollten wir erreicht haben, weshalb der kühl kalkulierende Anleger jetzt zu aktuellen Preisen kauft. Nur so kann man wirklich Geld verdienen – bitte sprechen Sie mit Ihrem ISF-Betreuer.

Übrigens: Glauben Sie nicht den journalistischen Spekulationen, dass man bei Staaten wie Griechenland, Portugal oder einem anderen Land aus der Euroland-Zone einen Ausfall erleben wird. Das wird im Zweifelsfall die Staatengemeinschaft zusammen mit den Notenbanken zu verhindern wissen. Wie bei der Bankenrettung ist auch hier aus systemrelevanten Gründen eine Stützung mit Garantien unvermeidlich. Die richtige Adresse hierfür wäre übrigens der IWF (Internationale Währungsfonds), denn dieser könnte zumindest Druck auf die betreffenden Länder für eine anschließende Staatsanierung ausüben. Druck auf EU-Basis auszuüben erscheint aufgrund der vielen „Sünder“ eher unglaubhaft.

#### Impressum/Angabenvorbehalt

Herausgeber: ISF Institut Deutsch-Schweizer Finanzdienstleistungen GmbH, Eysseneckstraße 31, 60322 Frankfurt am Main, aufsichtsrechtliches Institut gemäß § 1, Abs. 1a Kreditwesengesetz (KWG), lizenziert gem. § 32 KWG. Redaktion: Klaus Hennig (inhaltlich Verantwortlicher gem. § 55 II RStV), Postfach 18 02 27, 60083 Frankfurt am Main, Telefon: (0 69) 15 30 06 11, Telefax: (0 69) 15 30 06 10. Dies ist eine allgemeine Presse-Information und stellt keine Finanzanalyse gemäß § 34 WpHG bzw. Beratung oder persönliche Empfehlung dar. Diese kann allenfalls nach einem persönlichen Gespräch und auf Basis der allgemeinen, die jeweilige Anlage betreffenden Produkt-, Prospekt- und/oder Emissionsunterlagen erfolgen. Kein Vermittler oder Angestellter von ISF ist – egal aus welchen Gründen – berechtigt, Gelder oder Wertpapiere anzunehmen. Alle Informationen wurden mit größter Sorgfalt und nach bestem Wissen zusammengestellt, dennoch kann für den Inhalt keine Haftung übernommen werden – auch kann dieser möglicherweise durch firmenmäßige Interessenskonflikte beeinflusst werden. Alleine die einschlägigen Verkaufs-Prospekte, Verkaufs-Exposés, Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Bank sowie die Anlagerichtlinien etc. können eine vollständige, persönliche Entscheidungsgrundlage für eine Kapitalanlage sein. Die betreffenden Unterlagen sind bei Ihrem regional zuständigen ISF-Betreuer abrufbar. Alle Informationen sind dem ständigen Wechsel unterworfen und somit unverbindliche Empfehlungen. Soweit Kurse genannt sind, entsprechen diese den letzten verfügbaren Informationen, sofern nicht ein bestimmtes Datum genannt ist. Alle Angaben – auch die Kurse – sind ohne Gewähr. Die in dieser Ausgabe enthaltenen Meinungen entsprechen der Auffassung der Redaktion am Tage der Drucklegung. Diese Auffassung kann sich nach bekannt werden neuer Tatsachen ändern. Der Inhalt ist für den persönlichen Gebrauch des Empfängers bestimmt. Nachdruck nur mit Quellenangabe. 08/09

## Schweizer Franken weiterhin gefragt

Auch die Entwicklung des EURO gegenüber dem Schweizer Franken (CHF) spricht Bände. Wie aus nebenstehendem Chart ersichtlich, müssen seit Jahresende 2009 bereits erheblich weniger CHF für den Kauf eines EUR aufgewendet werden. Das bedeutet, der Schweizer Franken wertet auf und der EURO parallel dazu ab.



Hier sind die gleichen Ursachen am Werk, wie hinsichtlich des US-Dollars bereits beschrieben. Aufgrund des niedrigen Schweizer Franken-Zinses wurden früher enorme Kreditsummen auf Schweizer Franken-Basis zum Kauf von Wertpapieren in hochverzinslichen Währungen aufgenommen. Auch diese müssen nun zwecks Vermeidung weiterer Kursverluste aufgrund der starken Aufwertungstendenz des Schweizer Frankens zurückgezahlt werden. Somit findet auch hier das „Deleveraging“ (Rückführung der Kreditfinanzierung) in starkem Maße statt. Die Stärke des Japanischen Yen (YPN) hat die gleichen Gründe. Alle Währungen müssen gekauft werden, um die betreffenden Kredite in der Fremdwährung zurückzuführen. Eine Entwicklung übrigens, die wir seit zwei Jahren immer wieder besonders im Zusammenhang mit dem Schweizer Franken vorausgesagt haben. Nutzen Sie dies zu Ihrem Vorteil – so profitieren z.B. Anleger in der „**Schweizer Grundbesitz-Strategie**“ weiterhin von dieser Währungsaufwertung.

Auflösung von Seite 1:

„Me mues es für öppis haa“? heißt: **Man muss es hoch schätzen.**

## Bern besonnen- Berlin blufft!

Ist es nicht paradox? Noch niemand hat die berüchtigte CD zu Gesicht bekommen und in der Öffentlichkeit weiß niemand, ob sie auch wirklich existiert. Selbst der Schweizer Finanzminister weiß es nicht. Aber alle reden davon! Es werden Namen von Banken herumgereicht, von denen die Daten stammen sollten. Am besten immer die größten Banken, denn dort werden die meisten deutschen Anleger vermutet. So wird Druck auf möglichst viele Bundesbürger ausgeübt.

Gleichzeitig beteuerte der deutsche Staat, dass die gestohlenen Daten, wenn die CD z.B. dem **Dieb** und **nicht** der Bank gehört, **nicht** unter den Tatbestand der Hehlerei fallen und man sich andererseits der „Strafvereitelung im Amt“ schuldig macht, wenn man die Daten nicht kauft.

Dagegen gibt sich Bern als Regierungssitz der Schweiz in dieser Angelegenheit besonnen. Man hält am Vorhaben zum Abschluss des vorgesehenen Doppelbesteuerungsabkommens mit Deutschland fest und versucht im eigenen Land die politischen Wogen nicht zusätzlich hochzuschaukeln. Immerhin liefert das Thema auch in der Schweiz den Stoff dazu! Eine weitere Politisierung könnte letztendlich auf Initiative der SVP (Schweizer Volkspartei) in Form eines Volksentscheids geschehen, die auf Basis einer anti-deutschen oder auch anti-EU Stimmung den Abschluss jeglicher Doppelbesteuerungsabkommen auf OECD-Standard in Zukunft verbietet. Das wäre fatal! Dann würde es mit Sicherheit für alle Seiten eng, einen politischen Kompromiss zu finden.



Hier zeigt sich aber auch die Einzigartigkeit des Schweizer Systems, denn der Souverän der Schweiz – das Volk – kann jederzeit, auch während einer Legislatur-Periode (in Deutschland nicht möglich), die Politiker schlichtweg – wie in diesem Fall – stoppen. Diese Möglichkeit hat die Schweiz seit Jahrhunderten geformt und ihre heutige Stabilität bei gleichzeitiger Neutralität und damit Sicherheit für ihre Bürger ermöglicht.

Auch Schweizer Bürger müssen natürlich Steuern zahlen – sehen Sie dazu rechts das Deckblatt aus dem „Leitfaden für zukünftige Steuerpflichtige“ der Schweizer Steuerkonferenz. Aber Schweizer haben mehr Vertrauen in Ihren Staat. Schließlich sind es die Bürger, die jederzeit auf Bundes-, Kantonal- und Kommunal-Ebene mitbestimmen und auch eingreifen können. Schweizer Bürger können z.B. auch mittels Volksabstimmung die Höhe Ihrer Steuersätze selbst bestimmen. In Sachen Steuerehrlichkeit gehören Schweizer Bürger zu den Ehrlichsten weltweit.

In Deutschland aber möchte man sich an den Kopf greifen, wenn man den vom Finanzministerium und den Medien verbreiteten Zahlen über die mögliche Höhe der „staatlichen Erträge“ des Datenankaufs hört. Demnach müssten die ca. 1.500 betroffenen Personen zusammen ein un versteuertes **Einkommen** von mindestens EUR 1,2 Mrd.(!) repräsentieren – die Anlagesumme müsste dann das Mehrfache sein – ein (der Höhe wegen) sehr unwahrscheinlicher Sachverhalt. Aber trommeln gehört bekanntlich zum Geschäft.

Sehen Sie dazu auch den nebenstehenden Artikel „Anzeigenmarkt für Selbstanzeigen“ aus der Börsen-Zeitung vom 03.02.2010.

Da ist vielleicht ein anderer Zahlen-Vergleich ebenfalls interessant: Für die Aufklärung eines **Tötungsdeliktes(!)** werden in der Schweiz von staatlicher Seite einige tausend und in wenigen Ausnahmen einige zehntausend Schweizer Franken als Belohnung ausgesetzt. Das ist in Deutschland nicht viel anders. Dem gegenüber werden in der EU (also auch hier in Deutschland) zur Aufklärung von Steuerdelikten Beträge von mehreren Millionen Schweizer Franken angeboten. Parallel kann die Verletzung des Bankgeheimnisses in der Schweiz mit bis zu sechs Monaten Gefängnis geahndet werden. Ein halbes Jahr Gefängnis gegenüber knapp vier Millionen CHF Honorar (entspricht einem Gegenwert von EUR 2,5 Mio. für den Ankauf der CD) kann also eine Überlegung wert sein. Oder wie wäre es zur Optimierung mit zwölf Monaten Gefängnis gegen eine Belohnung von CHF 8 Mio.? Die Pension wäre gerettet.

Natürlich ist Steuerhinterziehung kein Kavaliere-Delikt und es ist gut, dass sich die siebenköpfige Schweizer Landesregierung den lauten Forderungen der rechtspopulistischen Schweizer Volkspartei (SVP) nach einem sofortigen Abbruch der Verhandlungen widersetzt. Die entscheidenden Schweizer Bundesräte werden jedoch allein vom Parlament gewählt und das nach einem zwar ungeschriebenen, aber seit Jahrzehnten geltenden Gesetz, wonach alle Sprachregionen und wichtigen politischen Kräfte im Land Anrecht auf eine Vertretung in der Regierung haben. Genau dieses System schützt jetzt das Land vor populistischen Entscheidungen.



## Anzeigenmarkt für Selbstanzeigen

Börsen-Zeitung, 3.2.2010

Das Verbot von Leerverkäufen wurde gerade abgeschafft, und Wertpapierspekulanten haben wieder Spaß. Auch andere für blöd zu verkaufen geht wieder. Die Bundesregierung hat beim Spekulieren mit Angstderivaten einen Heidenspaß. Welche Schweizer Bank ist es, an deren CD-Sammlung man sich vergriffen hat? Angenommen, die schwarz gebrannten Kontendaten stammen von HSBC. Denkt die Regierung laut über einen Ankauf nach, werden gerade einmal so um die Tausend deutsche Kunden blass um die Nase und bekommen Selbstanzeigefieber, während die Kunden anderer Banken zum Schampus greifen. Warum also nicht ein Haus ins Spiel bringen, bei dem wesentlich mehr Deutsche Geld parken, etwa Credit Suisse – am besten über eine von Gutsituierten gelesene Zeitung. Berlin wird weiter desinformieren, um den Wert der neuen Hehlereisparte zu maximieren. Wenn man dazu eh die Presse einspannt, ließe sich dies toppen. Warum nicht mit jeder neuen Bank, deren Name gestreut wird, peppige Anzeigen schalten, die zur Selbstanzeige animieren? nh

Umgekehrt ist es natürlich auch im Interesse der deutschen Anleger, dass endlich wieder Ruhe und Ordnung einkehrt. Unsere Leser wissen, **dass sie ohnehin nicht von diesem politischen Getöse betroffen sind**. Mit der richtigen Beratung ist eine **Steuerhinterziehung auf Ebene des ISF-Beratungs- und Anlagekonzeptes gar nicht möglich**.

Dabei ist die Berechenbarkeit der Schweiz mit ihrem weltweit einzigartigen System des Plebiszits als zweites Anlage-Standbein unverzichtbar. Die Ruhe, mit der die Dinge seitens der Schweizer Bundesregierung und der Schweizer Bankenvertreter angegangen wird, ist genauso beispielhaft. Es ist übrigens beruhigend als deutscher Anleger zu wissen, dass man das Schweizer Bankier-Know-how nicht nur im Schweiz-Depot, sondern auch auf Wunsch **im Deutschland-Depot nutzen kann** – ebenfalls ganz legal, ggf. steuerfrei während der Anlagezeit. Man muss nur wissen wie! Hierfür bedarf es dann aber wirklich eines Gesprächs mit Ihrem regionalen ISF-Kundenbetreuer.

Interessant wird sein, ob der deutsche Finanzminister auch in Zukunft praktisch nichts an Informationen über die ominöse CD preis gibt. Dies tut er übrigens mit dem vielsagenden Verweis auf das „**deutsche Steuergeheimnis**“. Der Schweizer Ökonom Blankart hat dazu sehr klar sein Befremden ausgedrückt: „Im Rechtsstaat sind die Behörden **öffentlich** und die Bürger **privat**. Im Unrechtsstaat ist dies umgekehrt“.

Da Ihr Autor weiterhin die Bundesrepublik als Rechtsstaat ansieht und Herrn Finanzminister Schäuble als eigentlich diesbezüglich unangreifbaren Verfechter desselben, mag sich das Ganze auch als Bluff herausstellen. Wahrscheinlich werden wir es niemals erfahren. Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 stehen jedenfalls vor der Tür und auch Politiker sind nur Menschen – sie wollen wiedergewählt werden! In Deutschland entscheidet nun einmal nicht – wie in der Schweiz – des Volkes Stimme, die Stimmung des Volkes vor den Wahlen aber sehr wohl!

Mit besten Grüßen

Ihr  
Klaus Hennig

Klaus Hennig  
**Finanzplatz Schweiz**  
Intern@-Redaktion

